Sozialdemokratische Partei
Adliswil

Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat
Sitzung vom Mittwoch, 9. März 2022

Von Wolfgang Liedtke

Die Gemeinderatssitzung behandelte 15 Einbürgerungen. Tempo 30 liess bei einigen bürgerlichen Ratsmitgliedern den Adrenalinspiegel in die Höhe schiessen.

Erklärungen und Mitteilungen

Sebastian Huber, Stadtratskandidat und Fraktionspräsident der SVP, gab eine Fraktionserklärung ab, in der er eine Umfahrung des Ortszentrums forderte. Xheli Etemi (SP) erinnerte in einer Fraktionserklärung an die humanitäre Katastrophe in der Ukraine und verurteilte den russischen Überfall. Er erhielt Beifall aus dem gesamten Gemeinderat – dem gesamten? Nein, sechs der acht Fraktionsmitglieder der SVP beteiligten sich nicht daran.

In einer Mitteilung reagierte Marianne Oswald (Grüne) – sie kandidiert ebenfalls für den Stadtrat – auf die Fraktionserklärung von Huber und erläuterte die Absicht, welche die IG «Aufwertung Zentrum Adliswil» mit ihrer Petition zu Tempo 30 in der Albisstrasse verfolgt, nämlich mehr Sicherheit für Velofahrer und Fussgänger sowie eine Lärmreduktion.

Fragestunde

Finanzielle Auswirkungen Überbauung Isengrund – Parkplätze Tiefgarage Busbahnhof - Lichtsignal Albisstrasse/Florastrasse – Zivilschutzanlagen und Zweckverband Zivilschutz Zimmerberg – Schutzanlagen

Mario Senn (FDP) bezog sich auf den Gestaltungsplan Isengrund und stellte fest, dass die 17 zusätzlichen Wohnungen dazu führen würden, dass es mehr Schulkinder für das Schulhaus Werd geben wird. Er rechnete vor, dass die neuen Mieter die Kosten, welche die neuen Schulplätze verursachen werden, über ihre Steuern nur zur Hälfte finanzieren würden. Stadtrat Felix Keller (parteilos) versprach Senn eine detaillierte Antwort in der nächsten Sitzung. Senn fragte nach, ob denn die Abklärungen nicht im Voraus gemacht worden seien. Keller erwiderte, dass die Zahlen rechtzeitig zur Abstimmung über den Gestaltungsplan vorliegen würden.

Gabriel Mäder (GLP) hat den Eindruck, dass die neuen Parkplätze in der Tiefgarage unter dem Busbahnhof noch nicht gut ausgelastet seien, und wollte wissen, um wie viele Parkplätze es sich handelt. Stadträtin Carmen Marty gab Informationen zur Anzahl der Parkplätze aussen und innen, zu den Behindertenparkplätzen und den E-Ladestationen. Sie fügte hinzu, dass der Stadtrat mit den Nutzungszahlen zufrieden sei und davon ausgehe, dass sich die Auslastung in den kommenden Monaten noch steigern würde.

Hedwig Habersaat (SVP) erkundigte sich in der letzten Sitzung nach einer Unfallstatistik, welche die Beibehaltung der Ampelanlage auf der Albisstrasse stützen würde. Stadträtin Susy Senn (FDP) erläuterte, dass die Unfallstatistik keine markante Veränderung durch die Signalanlage erkennen liesse. Man sei aber der Ansicht, dass sich die Signalanlage gut etabliert habe und den Fussgängern ein Gefühl der Sicherheit bei der Überquerung der Alibsstrasse gebe.

Florian Kälin (Mitte) wollte wissen, wann die Bevölkerung zuletzt über die Zivilschutzanlagen informiert worden sei, und erkundigte sich nach der Strategie des Zweckverbandes Zivilschutz Horgen. Stadträtin Susy Senn (FDP) verwies auf die Homepage der Stadt Adliswil und informierte über die App SwissAlert. Sie legte dar, dass der Bund für den Zivilschutz zuständig sei, die Strategie festlege und seine Planung alle fünf Jahre erneuere. Die Zuweisung der Bevölkerung zu Schutzanlagen würden immer aktuell vor einem Anlass publiziert.

Bernie Corrodi (FW) erklärte, dass er sich über die Zivilschutzanlagen informieren wollte, insbesondere über offenbar aufgehobene, und die erhaltenen Informationen unbefriedigend fand. Stadträtin Susy Senn (FDP) stellte klar, dass Räume für den Zivilschutz aufgehoben worden seien, weil dieser nach einer Reorganisation weniger Räume benötige. Schutzanlagen für die Zivilbevölkerung seien nicht aufgehoben worden.
Im Anschluss an die Fragestunde wurden insgesamt 15 Einbürgerungsanträge angenommen.

Krankentagegeldversicherung und Kreditabrechnung zum Neubau des Kindergarten Werd

Nachdem der Gemeinderat einstimmig eine Krankentagegeldversicherung für die Friedensrichterin zugestimmt hatte, um unvorhergesehene Kosten für die Stadt bei einem längeren Ausfall im Friedensrichteramt zu vermeiden, wurde die Kreditabrechnung des Kindergartenneubaus im Werd beraten. Zunächst mussten der Präsident der RPK Thomas Iseli (FDP) und der vorgesehene Berichterstatter Walter Übersax (Mitte) jedoch klären, wer den Antrag der RPK vortragen sollte. Schliesslich erläuterte Iseli die Meinung der RPK und stellte den Antrag, die Kreditabrechnung zu genehmigen.
Esen Yilmaz (SP) vertrat die Meinung seiner Fraktion mit den folgenden Worten:
Zuerst ein paar Zahlen: Der Projektierungskredit war mit dem Betrag von Fr. 240'000.00 veranschlagt worden, der Realisierungskredit Betrug Fr. 2'695'000, der Abrechnungsbetrag liegt bei Fr. 2'695'290.10, mit einer Reserve von Fr. 131'240.00. Obwohl die Reserve mehr als das Doppelte der Minderkosten ausmachen, konnte der Kredit knapp eingehalten werden. Denn die Minderkosten sind nur Fr. 51'076.60 und brauchen nicht hervorzustechen! Vor allem, wenn man die Kostenentwicklung des Schweizer Bauindexes der letzten Jahre anschaut. Gemäss diesem Index wird immer günstiger gebaut, zumindest bezahlt man den Unternehmen weniger, aber unsere Verwaltung leistet sich immer noch grosse Reserven in Ihren Anträgen und kalkuliert grosszügig die Teuerung ein und spricht dann von Minderkosten. Die Minderkosten begründen sich in den nicht vollständig beanspruchten Reserven.
Nun zur Zukunft: Es hat sich gelohnt, der Doppelkindergarten lässt sich sehen, der Nachwuchs gedeiht an diesem neuen Ort bestens. Der Grund für den Neubau des Doppelkindergarten Werd war der in die Jahre gekommene Doppelkindergarten Isengrund, welcher somit in das Schulareal Werd verlegt wurde. «Aus Immobilien-strategischen und insbesondere aus betrieblichen Überlegungen, sei eine Sanierung ausgeschlossen» hiess es damals vom Stadtrat!
Diese Räumlichkeiten werden heute immer noch von der Schule Werd regelmässig genutzt, das ist auch gut so, jedoch sollte die Zwischennutzung keine Menschen durch den in die Jahre gekommen Bau gefährden. Zudem sollte der Stadtrat so schnell als möglich bekannt geben, was langfristig mit dem Gebäude geplant wird. Zumal das Quartier Isengrund mit den Bauplänen der SwissLife eine grosse Veränderung erleben wird.
Wir meinen aber, dass der Standort Isengrund bleiben sollte, da die zukünftige Bauentwicklung im Zentrum Sood mehr Klassenzimmer benötigen wird. Wenn der Standort Zentrum Sood verdichtet überbaut wird, sind die nächsten Schuleinheiten Werd und Zopf keine Lösung für neue Schüler, da diese an Ihren Kapazitätsgrenzen schon lange angelangt sind. Also, bereits heute den Weitblick haben, allenfalls an Ergänzungen von Schuleinheiten denken, statt wie im Dietlimoos 20 Jahre zu spät reagieren und noch mehr bezahlen!
Esen Yilmaz kündigte die Zustimmung der SP-Fraktion zum Antrag der RPK an.
Florian Kälin (Mitte) lobte die gelungene Architektur, erinnerte aber an den aus seiner Sicht unfallträchtigen Werdsteg, den Fussgänger einschliesslich der Schulkinder gemeinsam mit Velofahrern nutzten. Für die Freien Wähler lobte auch Heinz Melliger den Neubau und erinnerte an den Ärger wegen der Wegumleitung während der Bauphase. Stadträtin Karin Fein (FW) erläuterte die Vorzüge des Neubaus und verwies bezüglich des Werdstegs darauf hin, dass über diese Brücke ein kantonaler Veloweg führe. Eine Entflechtung von Fussgängern und Velofahrern sei deshalb kurzfristig nicht zu realisieren. Die Kreditabrechnung wurde vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Postulat für einen «attraktiveren ÖV»
Der Titel des Postulats liess auf den ersten Blick nicht vermuten, dass die Postulanten aus den Fraktionen der FDP/EVP und der SVP stammen. Die Forderung des Postulats machte allerdings die Herkunft des Vorstosses dann deutlich: Der Stadtrat soll überprüfen, welche der Tempo-30-Zonen aufgehoben werden können, um den ÖV attraktiver zu gestalten. Begründet wurde dieses Anliegen mit der Überlegung, dass die Tempobegrenzungen zu längeren Fahrzeiten der Busse und damit zu Mehrkosten und mangelnder Attraktivität wegen der Verspätungen der Busse führten. In seiner Stellungnahme wies der Stadtrat darauf hin, dass nur drei Adliswiler Buslinien durch Tempo-30-Zonen führen. Auf zwei diese Linien können die Busse auch ohne Tempobegrenzung wegen der kurzen Abstände zwischen den Haltestellen nicht auf mehr als 30 Stundenkilometer beschleunigen. Die dritte Linie führt über eine Strecke von ca. einem Kilometer durch eine Tempobegrenzung, was aber die Fahrtzeit kaum beeinflussen würde. Der Stadtrat empfahl deshalb, das Postulat nicht zu überweisen.
Erstunterzeichnende Vera Buchmann (FDP) führte die Begründung des Postulats nochmals aus und konzentrierte sich dabei vor allem auf die Linie 185, die sich bereits in Wollishofen verspäte und diesen Zeitverlust dann nicht mehr aufholen könne. Mitunterzeichner Sebastian Huber (SVP) hob hervor, dass es um die Verringerung der Fahrtzeiten und der Kosten ginge und bezeichnete die Antwort des Stadtrates als dürftig. Er stellte die Vermutung an, dass das Postulat so kurz vor dem Ende der Legislatur lediglich lästig sei und deshalb abgelehnt würde.
Esen Yilmaz (SP) hielt dagegen:
Der Stadtrat argumentiert nach der Datenerhebung von VBZ und SZU faktenbasiert und richtet sich nach dem Wunsch der Bevölkerung! Gleichzeitig zeigt er Weitblick und stellt die Lärmreduktion und Verkehrssicherheit in den Vordergrund, welche insbesondere den Wohnquartieren zugutekomme. Denn das Postulat hat diverse wichtige, ebenfalls wirtschaftliche Faktoren nicht gemessen. Diese grossen wirtschaftlichen Faktoren sind: Berufsausfälle, Gesundheitskosten und Steuerausfälle usw. durch Verkehrsunfälle oder auch durch Lärmbelastungen!
Auch diese Faktoren sollten beziffert werden und müssten dem wirtschaftlich argumentierenden Postulat gegenübergestellt werden. Die SUVA spricht von hunderten Millionen Franken, welche durch Unfälle und Erkrankung durch Lärm an Kosten anfallen und an Wirtschaftskraft vernichtet wird. Bitte beachtet auch die Vorteile einer 30'er Zone und wägt ab, wie wichtig Eure Sicherheit im Verkehr, oder die Lärmbelastung für Euch persönlich ist. Denn nur so versteht man die Wichtigkeit dieser Tempozonen, welche sehr wertvolle Bewegungs- und Begegnungszonen für Menschen und Tiere sind, und zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und vor allem der Sicherheit dienen.
Tempo-30-Zonen sind ein grosser Mehrwert für FussgängerInnen, RadfahrerInnen, sowie Erwachsene, Kinder und für die Umwelt. Diesen Mehrwert sollten wir mitnehmen und zugleich der Umwelt etwas Gutes beitragen.
Er kündigte die Ablehnung der SP-Fraktion für eine Überweisung des Postulats an.
Daniel Frei (FW) bedankte sich für das Postulat. Ihm sei Tempo 30 ein Dorn im Auge, Tempobeschränkungen führten bei ihm zu Adrenalinschüben, die nicht gut für die Verkehrssicherheit seien. Unsicherheit entstehe durch eine unterschiedliche Grundintelligenz bei Verkehrsteilnehmern. Ausserdem habe die durchschnittliche Lärmemission von Kraftfahrzeugen zwischen 2005 und 2015 von 81 auf 75 Dezibel abgenommen.
Marianne Oswald (Grüne) wies darauf hin, dass sich die Tempo-30-Zonen in den Wohnquartieren längst etabliert hätten. Der Zeitverlust zwischen Tempo 50 und Tempo 30 betrüge zwei Sekunden pro hundert Meter, könne auf der angegebenen Strecke der Linie 185 also bestenfalls 20 Sekunden betragen. Dagegen würde es bei Tempo 50 neue Fussgängerüberwege geben müssen, an denen der Bus anhalten müsse. Sie fragte, wo denn in Adliswil Busse im Stau stehen müssten? Dies könne allenfalls auf der Soodstrasse geschehen, wo es aber keine Buslinie gebe.
Sebastian Huber (SVP) meldete sich erneut zu Wort und stellte klar, dass das Postulat lediglich eine Prüfung verlange. Pascal Engel (EVP) wies auf die Verkehrshindernisse auf der

Grütstrasse hin und legte dar, dass dadurch der Bus 185 häufig abbremsen und wieder anfahren müsse, was zu mehr Emissionen führe. Marianne Oswald wies auf den Text des Postulats hin, wo eine Prüfung der Aufhebung der Tempobegrenzung gefordert wurde und nicht der Beseitigung der Hindernisse. Die erneute Wortmeldung der Stadtratskandidatin Oswald rief Stadtratskandidat Huber (SVP) erneut auf den Plan. Er wurde vom Ratspräsidenten belehrt, dass er bereits zweimal in der Debatte gesprochen habe und somit kein weiteres Mal reden dürfe.
Stadtratskandidat Marion Senn (FDP) wies nochmals auf den Prüfauftrag des Postulats hin und stellte die Behauptung auf, dass die Einführung von Tempo 30 zu mehr Unfällen geführt habe. Ausserdem behauptete er, der Stadtrat würde die Fahrzeugbeschleunigung von Bussen unterschätzen. Bernie Corrodi (FW) stellte klar, dass die Tempo-30-Zonen eine gute Sache seien, kritisierte jedoch die Strassenverengungen. Mit Erwin Lauper (SVP) kam dann nochmals ein adrenalingesteuerter Redner ans Mikrofon und stellte klar, dass die Aufhebung von Tempo 30 einen anderthalbfachen Zeitgewinn bedeute, was schliesslich bei einem Herzinfarkt lebensrettend sein könnte.
Zu Abschluss der Debatte ergriff Stadträtin Susy Senn (FDP) das Wort und verteidigte die Strassenverengungen auf der Grütstrasse, welche nicht durch Verbauungen, sondern durch die Anordnung von Parkplätzen erreicht werden. Diese Strassenverengungen durch wechselseitige Parkplatzanordnungen seien wichtig für die Verlangsamung des Verkehrs.
Das Postulat wurde denkbar knapp mit 16 gegen 15 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

Interpellation zum Frühwarnsystem bei Unwetterkatastrophen
Katya Willimann, Kanny Muthuthamby und Angelika Sulser (alle SP) hatten sich angesichts der Unwetterkatastrophen in Deutschland nach dem Frühwarnsystem in Adliswil erkundigt, das beispielsweise vor einer Flutwelle der Sihl zu warnen würde. In seiner Antwort hatte der Stadtrat das Frühwarnsystem, die Weiterleitung der Warnungen bei Ausfall der Stromversorgung und die Funktionsweise des Krisenstabes erläutert. Katya Willimann nahm die Antwort des Stadtrates wie folgt entgegen:
In unserer Interpellation vom 18.10.2021 haben wir den Stadtrat gebeten, uns verschiedene Fragen über ein Frühwarnsystem bei Unwetterkatastrophen zu beantworten. Wir bedanken uns beim Stadtrat für die ausführlichen Antworten auf unsere Fragen über die Organisation eines Frühwarnsystems in unserer Stadt. Wie der Krisenstab aufgestellt ist, ist ausführlich beantwortet worden. Es schafft Vertrauen, dass - sollte eine Unwetterkatastrophe, wie sie Deutschland letztes Jahr getroffen hat, uns erfassen - ein gut aufgestellter Krisenstab eingreifen kann.
Wie wir aus der Antwort erfahren, stellt unsere Feuerwehr einen wichtigen Bestandteil des Frühwarnsystems und des Katastrophenschutzes dar. Wir möchten deshalb an dieser Stelle auf die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit in der Feuerwehr für unsere Sicherheit hinweisen. Unsere Bitte, einen Flyer mit Verhaltensregeln im Ernstfall an die Bevölkerung abzugeben, hat der Stadtrat anfangs 2022 erfüllt.
Weil sein Adrenalinspiegel noch nicht gesunken war, ergriff Erwin Lauper (SVP) nochmals kurz das Wort und behauptete, diese Informationen könne man auch im Internet finden. Das aber hatte Stadträtin Susy Senn bereits in der Fragestunde widerlegt.